

Ernährungssouveränität

Louisa Prause

Im Jahr 2021 feierte die Agrarbewegung La Vía Campesina 25 Jahre Kampf und Kampagne für Ernährungssouveränität (La Vía Campesina 2021). La Vía Campesina entwickelte den Begriff Ernährungssouveränität in den 1990er Jahren und machte ihn seitdem zu einem zentralen Bezugspunkt weltweiter Agrarbewegungen. Seine Wurzeln hat er also in → sozialen Bewegungen, die ihn als politischen Leitbegriff für die zukünftige Ausrichtung der Produktion, des Konsums und der Verteilung von Nahrungsmitteln entwickelten. Ernährungssouveränität ist kein eindeutig und endgültig definiertes Konzept, sondern das Verständnis von Ernährungssouveränität entwickelt sich beständig weiter (Patel 2009). Dabei spiegelt es das sich verändernde Terrain globaler Agrar- und Ernährungspolitik wider sowie die Interessen der → Akteure, die sich des Konzeptes bedienen und die Kontexte, in denen sie agieren (Schiaivoni 2016). Einige Grundideen des Konzeptes blieben über die Jahrzehnte jedoch erhalten. Ernährungssouveränität umfasst klare Vorstellungen, wie Nahrungsmittel produziert werden sollen: Gestärkt werden soll die kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft, die oftmals mit agrar-ökologischer Landwirtschaft gleichgesetzt wird. Darüber hinaus beschäftigt sich Ernährungssouveränität mit der Verteilung von Nahrungsmitteln und zieht hierbei lokale Wertschöpfungsketten dem Weltmarkt vor. Schließlich umfasst Ernährungssouveränität das Recht auf gesunden und kulturell angemessenen Konsum von Nahrungsmitteln. Als solches gibt das Konzept wichtige Antworten auf die Frage, wie die Ernährung der Weltbevölkerung und die landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln zukünftig organisiert werden soll.

Eine mittlerweile weit verbreitete Definition von Ernährungssouveränität, die von zahlreichen sozialen Bewegungen mitgetragen wird, stammt aus der Erklärung des Forums für Ernährungssouveränität, das 2007 im malischen Sélingué stattfand (Luig 2019). Mehr als 500 Vertreter*innen von Kleinbäuer*innenorganisationen, Fischer*innen, Landarbeiter*innen, Viehzüchter*innen, Indigenen Gruppen und Konsument*innenorganisationen verabschiedeten die Erklärung, die Ernährungssouveränität so definiert:

»Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne. Sie verteidigt

das Wohlergehen kommender Generationen und bezieht sie ein in unser vorsorgendes Denken. Sie ist eine Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, die in den Händen multinationaler Konzerne liegen. Die Produzierenden sollen in ihren Dörfern und Ländern ihre Formen der Ernährung, Landwirtschaft, Vieh- und Fischzucht selbst bestimmen können. Ernährungssouveränität stellt lokale und nationale Wirtschaft und Märkte in den Mittelpunkt. Sie fördert bäuerliche Landwirtschaft, Familienbetriebe sowie den traditionellen Fischfang und die Weidewirtschaft. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch der Lebensmittel müssen auf sozialer, wirtschaftlicher und umweltbezogener Nachhaltigkeit beruhen. Ernährungssouveränität fördert transparenten Handel, der allen Völkern ein gerechtes Einkommen sichert und den Konsument*innen das Recht verschafft, ihre Nahrungsmittel zu kontrollieren. Sie garantiert, dass die Nutzungsrechte auf Land, auf Wälder, Wasser, Saatgut, Vieh und Biodiversität in den Händen jener liegen, die das Essen erzeugen. Ernährungssouveränität bildet und stützt neue soziale Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen« (Nyeleni-Deklaration 2007, zit.n. La Vía Campesina Österreich 2018: o.S.).

Diese Definition verdeutlicht, dass Ernährungssouveränität ein rechtebasierter Begriff ist und an die ökonomischen und sozialen Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Nahrung, anschließt. Ernährungssouveränität schließt jedoch auch ein Recht auf Zugang zu Land und das Recht der ländlichen Bevölkerung, ihre eigenen Nahrungsmittel zu produzieren mit ein (Rosset 2011). Mit dem Begriff der Ernährungssouveränität fordern Bewegungen ein, diese Rechte zu respektieren, zu schützen und institutionell zu verankern (Patel 2009). Von wem und wie diese Rechte eingefordert werden, hängt von den Konfliktfeldern ab, die verhandelt werden.

Ernährungssouveränität als politischer Begriff in Kämpfen um Land und Nahrung

Seit Mitte der 2000er Jahre ist Ernährungssouveränität insbesondere im Kontext von → Konflikten um Zugang zu Land und Nahrungsmitteln zu einem wichtigen Bezugspunkt für soziale Bewegungen geworden. 2007/2008 stiegen die Nahrungsmittelpreise weltweit sprunghaft an. Infolgedessen protestierten in den urbanen Zentren zahlreicher Länder des Globalen Südens tausende Menschen in so genannten *food riots* (Nahrungsmittelaufständen) gegen die hohen Preise und den fehlenden Zugang zu Grundnahrungsmitteln. Typisch für diese *food riots* waren beispielsweise die Proteste in der senegalesischen Hauptstadt Dakar, wo tausende Menschen auf die Straße gingen. Die Protestierenden, zu denen auch Konsument*innen- und Bäuer*innenorganisationen gehörten, forderten im Senegal ebenso wie in vielen anderen Ländern eine neue Nahrungsmittel- und Landwirtschaftspolitik ein und bezogen sich dabei auf das Konzept der Ernährungssouveränität (vgl. auch Patel/McMichael 2009).

Im gleichen Zeitraum wie die Nahrungsmittelpreiskrise stiegen auch die Aneignungen von Land durch nationale und internationale Investoren. Die Nahrungsmittelpreiskrise sowie weitere Krisenphänomene, wie die Klima- und Energiekrise und die Finanzkrise, mit denen sie zusammenfiel, bedingten die Aneignungen von Land. Dieses Phänomen, von Kritiker*innen als → Land Grabbing bezeichnet, führte in vielen

Fällen dazu, dass Kleinbäuer*innen sowie semi-nomadische Viehzüchter*innen ihren Zugang zu Land verloren. Investor*innen übernahmen die Kontrolle über Land, indem sie mit staatlicher Unterstützung große Landflächen pachteten. Land Grabbing hat seit Mitte der 2000er zu einem deutlichen Anstieg von Konflikten um Land gerade in ländlichen Räumen im Globalen Süden geführt. In vielen Ländern protestierten kleinbäuerliche Kollektive und Agrarbewegungen gegen Land Grabbing. Ernährungssouveränität war dabei ein wichtiger Bezugspunkt vieler Protestbewegungen. Im Senegal beispielsweise rahmten die bäuerlichen Organisationen Land Grabbing als eine zentrale Gefahr für die Ernährungssouveränität der senegalesischen Bevölkerung (Prause/Le Billon 2020). Dieses Argument bringt auch die internationale Agrarbewegung La Via Campesina vor. Die Beispiele zeigen, dass der Begriff der Ernährungssouveränität mittlerweile gleichermaßen für Bewegungen im urbanen sowie im ländlichen Raum, die sich mit Ernährung und Nahrungsmittelproduktion und -konsum auseinandersetzen, ein wichtiger Leitbegriff geworden ist.

Herausforderungen für Ernährungssouveränität als politischer Begriff

Als weiter Begriff ist Ernährungssouveränität für viele soziale Bewegungen und andere politische Akteure anschlussfähig. Patel (2009: 666) bezeichnet das Konzept daher als »großes Zelt«. Damit gehen allerdings auch einige Schwächen einher. Dass Ernährungssouveränität die Ziele und Bedürfnisse derjenigen ins Zentrum rückt, »die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren« (Nyeleni-Deklaration 2007, zit.n. La Via Campesina Österreich 2018: o.S.), schließt de facto jede Person auf Erden mit ein. Widersprüchliche Interessen – beispielsweise von Nahrungsmittelkonsument*innen, die niedrige Preise einfordern, und Nahrungsmittelproduzent*innen, die gute Preise für ihre Ernten erzielen wollen – überspielt das Konzept dadurch. Auch widersprüchliche Beziehungen zwischen denjenigen, die landwirtschaftliche Betriebe besitzen und denjenigen, die auf diesen Betrieben arbeiten, wurden lange Zeit nicht ausreichend berücksichtigt (Patel 2009). In letzter Zeit gibt es jedoch vermehrt Bemühungen, auch ländliche Arbeiter*innen stärker in die Ernährungssouveränitäts-Bewegung einzubinden, wie die Deklaration von La Via Campesina zu Migration und ländlichen Arbeiter*innen zeigt (La Via Campesina 2015). Gerade in westafrikanischen Ländern wie dem Senegal sind Landarbeiter*innen jedoch kaum gewerkschaftlich organisiert und der Diskurs der Agrarbewegungen konzentriert sich dort insbesondere auf die Bedrohung von Ernährungssouveränität durch *land grabs* und damit einhergehende Enteignungen. Dadurch geraten die Interessen ländlicher Arbeiter*innen, ihr Zugang zu Nahrungsmitteln und Land sowie die teils schlechten Arbeitsbedingungen weiterhin oft aus dem Fokus (Gyapong 2020). Zentrale Akteure der Ernährungssouveränitätsdiskurse in Westafrika sind Kleinbäuer*innen, nicht ländliche Arbeiter*innen.

Ernährungssouveränität und *food democracy*

Ernährungssouveränität ist nicht das einzige Konzept, mit dem soziale Bewegungen die gegenwärtige Organisation des Agrar- und Ernährungssystem kritisieren und eine alternative Zukunftsvision entwickeln. Parallel zu der Entwicklung des Kon-

zepts der Ernährungssouveränität, das insbesondere aus politischen Debatten im Umfeld von Bäuer*innenorganisationen im Globalen Süden entstand, entwickelten Konsument*innen-, Menschenrechts- und Agrarorganisationen im Globalen Norden das Konzept *food democracy* (Tilzey 2019). Ernährungssouveränität und *food democracy* teilen die meisten ihrer Grundprinzipien. Dazu zählt insbesondere das Recht sozialer Gruppen und Gesellschaften ihre Produktion, Verteilung und ihren Konsum von Nahrungsmitteln selbst zu bestimmen. Die Bewegungen, die sich auf eines der beiden Konzepte beziehen, arbeiten in der Regel eng zusammen. Auch *food democracy* ist kein einheitlich verwendeter Begriff, sondern ein Konzept, das sich beständig weiterentwickelt und von unterschiedlichen Akteuren auf verschiedene Weise interpretiert wird. Eine Definition des *Pesticide Action Network* (PAN) *North America* beschreibt *food democracy* wie folgt:

»[...] *food democracy* betont die Umsetzung des Menschenrechts auf sichere, nahrhafte Lebensmittel, die fair produziert wurden. Es meint, dass normale Menschen zusammenkommen und die Regeln etablieren, die dazu beitragen, Boden, Wasser und die Tierwelt, von denen wir alle abhängig sind, zu erhalten. Es ist auch eine Form pragmatischer Politik, die auf der wichtigen Einsicht beruht, dass Nahrung zu bedeutsam ist, um sie den Marktkräften zu überlassen. Wir alle haben das Recht und die Verantwortung an Entscheidungen teilzuhaben, die den Zugang zu sicheren und nahrhaften Lebensmitteln bestimmen« (Pesticide Action Network North America 2015: o.S., eigene Übersetzung).

Ernährungssouveränität und *food democracy* unterscheiden sich hauptsächlich hinsichtlich einiger Schwerpunktsetzungen. Wie der → Demokratiebegriff nahelegt, konzentriert sich das Konzept *food democracy* stärker auf Fragen der Partizipation und Mitbestimmung in institutionalisierten politischen Räumen. Die zentrale Idee von *food democracy* ist das Recht auf Mitbestimmung aller sozialen Gruppen bei der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion einer Gesellschaft (Friedrich et al. 2019). Bürger*innen sollen hierbei im Rahmen demokratischer Institutionen durch deliberative Prozesse die Ausgestaltung des Ernährungssystems selbst bestimmen können, wodurch sich der Einfluss von Konzernen verringern soll. Solche Institutionen können sehr unterschiedlich sein, von Verhandlungen in lokalen oder nationalen Parlamenten, zu Nachbarschaftsinitiativen oder Bürger*innenforen. Partizipation kann aber auch in nicht-institutionalisierten Räumen wie sozialen Bewegungen stattfinden. Konsument*innen sollen zu *food citizens* werden, die selbstbestimmt darüber entscheiden können, welche Lebensmittel sie konsumieren und wie sie diese zubereiten, ohne dass ihnen dabei Informationen vorbehalten werden oder ihr Kaufverhalten durch Supermärkte manipuliert wird (Hassanein 2008).

Aspekte von Partizipation und Mitbestimmung sind in den letzten Jahren auch verstärkt von Vertreter*innen der Ernährungssouveränität betont worden. Sie fordern insbesondere die Teilhabe an Entscheidungen bezüglich der Strukturen des Agrar-Ernährungssystems (Wittman 2011). Im Allgemeinen haben Vertreter*innen der Ernährungssouveränität einen etwas stärkeren Fokus auf die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse sowie die materiellen Aspekte, die einer Transformation des Agrar- und Ernährungssystems zu Grunde liegen, als Vertreter*innen des *food democracy* Begriffs (Tilzey 2019).

Ernährungssouveränität versus Ernährungssicherheit

Die Entwicklung des Konzepts der Ernährungssouveränität fand auch als Gegenentwurf zum Konzept der Ernährungssicherheit statt. In den 1990er Jahren, als La Vía Campesina Ernährungssouveränität populär machte, verstand die *Food and Agricultural Organisation* der Vereinten Nationen (FAO) Ernährungssicherheit wie folgt:

»Ernährungssicherheit existiert, wenn alle Menschen, zu allen Zeiten, physischen und ökonomischen Zugang zu ausreichend, sicheren und nahrhaften Lebensmitteln haben, um ihren Nahrungsmittelbedarf und ihre Nahrungsmittelpreferenzen für ein aktives und gesundes Leben zu decken« (FAO 1996: o.S., eigene Übersetzung).

Zwar hat die FAO das Konzept inzwischen – auch auf Druck von Agrarbewegungen wie La Vía Campesina – erweitert, *food security* bleibt jedoch ein Begriff, der nichts darüber aussagt, wie die Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet werden soll, woher die Nahrungsmittel kommen oder wie sie produziert werden sollen. Mit dem Begriff Ernährungssicherheit geht daher häufig ein technokratischer Diskurs einher, der Hunger als ein Problem definiert, das allein durch höhere Produktivität der Landwirtschaft und die Liberalisierung globaler Handelsbeziehungen gelöst werden kann (Moragues-Faus/Marsden 2017).

Große Agrar- und Nahrungsmittelunternehmen, aber auch viele staatliche Akteure vertreten daher die Ansicht, dass Ernährungssicherheit am besten durch eine Effizienz- und Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft erreicht werden kann. Dies wiederum werde durch die Industrialisierung der Landwirtschaft, den Einsatz großer Maschinen, chemisch-synthetischer Inputs und häufig genetisch veränderten Saatgut erreicht. Die großflächige Aneignung und Transformation von Land, wie im Beispiel des Senegals, sind aus dieser Perspektive Teil der Lösung, da eine agrarindustrielle Bewirtschaftung die Produktivität steigern (kritisch: Prause 2019). Diese Perspektive auf Ernährungssicherheit vertreten weiterhin viele politischen Akteure und Organisationen wie die Weltbank propagieren sie (Schiavoni 2009). Ernährungssouveränität fordert das Konzept der Ernährungssicherheit und die damit einhergehenden etablierten Annahmen und Politiken heraus und bietet neue Perspektiven darauf, wie die Welt am besten ernährt und die Klimakrise abgewendet werden kann.

Vertreter*innen des Ernährungssouveränitäts-Konzeptes verweisen darauf, dass Ernährungssicherheit immer nur die Frage des Zugangs zu Nahrungsmitteln, nie jedoch die Frage nach der Kontrolle über die Produktions- und Konsumsysteme adressiere. Aus dieser Perspektive sind Nahrungsmittel eine handelbare Ware und sind nicht an Rechte gebunden, die Menschen in Anspruch nehmen können (Wittman 2011). Anders als Ernährungssicherheit rückt Ernährungssouveränität zudem die Frage der Verteilung von Nahrungsmitteln in den Fokus. Ernährungssicherheit sagt nichts darüber aus, wie die globale Verteilung von Nahrungsmitteln gestaltet werden soll und negiert die existierenden Ungleichheiten beim Zugang zu Nahrung: Schätzungsweise hungerten im Jahr 2019 etwa 690 Millionen Menschen, knapp neun Prozent der Weltbevölkerung. Das heißt, ihre tägliche Energiezufuhr lag für einen längeren Zeitraum unter dem Bedarf, der für einen gesunden → Körper und ein aktives Leben notwendig ist. 750 Millionen Menschen waren zudem von starker Nahrungsmittelunsicherheit betroffen, hatten also keinen regelmäßigen und gesicherten Zugang zu ausreichend

Nahrungsmitteln (FAO et al. 2020). Gleichzeitig galten 2016 aber auch etwa 1,9 Milliarden Erwachsene, also fast 40 Prozent aller über 18-Jährigen als übergewichtig. Anders als der Begriff Ernährungssicherheit verweist das Konzept Ernährungssouveränität kritisch auf solche Ungleichheiten und versteht sie als dem gegenwärtigen Agrar- und Ernährungssystem inhärent.

Ernährungssouveränität als analytisches Konzept im Feld der Politischen Ökologie

Die Kritik am Begriff der Ernährungssicherheit verweist darauf, dass Ernährungssouveränität zwar als politischer Leitbegriff von sozialen Bewegungen entwickelt worden ist, mittlerweile jedoch auch Eingang in wissenschaftliche Debatten gefunden hat. Auch im wissenschaftlichen Feld der Politischen Ökologie erfährt der Begriff zunehmende Aufmerksamkeit. Ernährungssouveränität wird aus verschiedenen analytischen Perspektiven untersucht. Hier knüpft das Feld der Politischen Ökologie an eine lange Tradition der Forschung im ländlichen Raum und zu sozialen Kämpfen von Bäuer*innen an (z.B. Blaikie/Brookfield 1987). Es geht hierbei weniger darum, Ernährungssouveränität als empirisches Phänomen »zu entdecken« oder als analytische Brille zu nutzen, sondern darum, den Prozess hin zu Ernährungssouveränität zu verstehen (Schiavoni 2016). Wie wird Ernährungssouveränität in bestimmten Kontexten konstruiert? Was meinen verschiedenen Akteure mit diesem Begriff, wie soll Ernährungssouveränität konzeptionell und praktisch ausgestaltet werden, wie drückt sich darin das Verhältnis von Gesellschaft und → Natur aus? Und welche → Macht- und Herrschaftsbeziehungen strukturieren diese Aushandlungsprozesse? Um solche Fragen zu beantworten, schlägt Christina Schiavoni vor, Bemühungen zur Erreichung von Ernährungssouveränität aus einer historischen, relationalen und interaktiven Perspektive zu analysieren. Eine historische Perspektive auf Ernährungssouveränität ermöglicht es, die sozialen Strukturen und Institutionen zu identifizieren, die Ernährungspolitik beeinflussen. Eine relationale Perspektive ermöglicht es, das Prozesshafte von Ernährungssouveränität in den Blick zu nehmen: die Art und Weise wie sich die Bedeutung und Praxen von Ernährungssouveränität verändern. Wie interagieren Menschen und Gesellschaften mit Natur, um Lebensmittel zu produzieren? Welchen Einfluss hat die Materialität von Nahrungsmitteln auf deren Produktion und Verteilung? Der interaktive Aspekt wiederum nimmt die Handlungen verschiedener Akteure, ihr Wissen und ihre Kosmologien sowie Macht- und Herrschaftsbeziehungen in den Blick. Eine solche Perspektive ermöglicht ein umfassendes Verständnis von Kämpfen, Narrativen und Praxen rund um Ernährungssouveränität. Analysen aus dieser Richtung beschäftigen sich beispielsweise mit der Rolle von Genderverhältnissen für die Ausgestaltung agrar-ökologischer Praxen oder untersuchen die Ernährungssouveränitätsnarrative verschiedener Bewegungen, um Ein- und Ausschlüsse bestimmter Gruppen aufzuzeigen (Bezner et al. 2019; Gyapong 2020).

In den letzten Jahren ist Ernährungssouveränität zudem elementarer Bestandteil der Debatten (a) zum *food regime* und (b) zum ökologischen Bruch (*metabolic rift*) in der Landwirtschaft geworden. (a) Der *food regime* Ansatz geht auf Harriet Friedman und Phillip McMichael zurück. Ziel des Ansatzes ist es, die historische Entwicklung von Agrar-Ernährungssystemen und ihre Transitionen zu erklären. *Food regimes* sind

Konstellationen von Klassen und zwischenstaatlichen Machtbeziehungen, Normen und institutionellen Regeln, die die globalen Beziehungen von Nahrungsmittelproduktion und -konsum mit Phasen globaler Kapitalakkumulation verknüpfen (Friedmann/McMichael 1989). Jüngere Arbeiten haben diesen Ansatz weiterentwickelt und nutzen ihn, um die zentralen Organisationsprinzipien des kontemporären Agrar-Ernährungssystems zu identifizieren. In diesem Regime wird Nahrung möglichst profitabel als Ware produziert und auf dem Weltmarkt verkauft. Globale Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne dominieren die Nahrungsmittelproduktion. Ihre Handlungen sind von der Entwicklung der Weltmarktpreise sowie dem finanziellen Imperativ der kurzfristigen Profitabilität getrieben. Dies geht häufig mit einer landwirtschaftlichen Produktionsweise einher, die durch Land Grabbing sowie einer klimaschädlichen Anbauweise gekennzeichnet ist, die konträr zur Idee von Agrar-Ökologie und nachhaltigen Produktionsweisen ist. Dieses System wird durch staatliche und internationale Regulierungen und Institutionen, wie beispielsweise Freihandelsverträgen oder der Welthandelsorganisation, gestützt und aufrechterhalten (Akram-Lodhi 2019). Mehrere Autor*innen sehen dieses Regime derzeit jedoch bereits wieder in einer Phase der Transition (McMichael 2019; Prause et al. 2021). Sie argumentieren, dass diese Destabilisierung des Nahrungsmittelregimes auch durch die Kämpfe sozialer Bewegungen, die sich unter dem Begriff der Ernährungssouveränität zusammengefunden haben, zustande gekommen sei (McMichael 2019). Im *food regime*-Ansatz wird Ernährungssouveränität daher als Triebkraft für den Wandel der Organisation des Agrar-Ernährungssystems verstanden und als mögliches Paradigma für ein neues Regime angesehen. Solch ein Ernährungssouveränitäts-Regime bestünde in einer radikalen Abkehr von der Idee der Ernährungssicherheit und zeichnete sich unter anderem durch lokale Produktions- und Konsumsysteme, nachhaltige landwirtschaftliche Praxen, alternative Technologien und eine enge Verzahnung von Umwelt- und Agrarpolitik aus (Wittman 2011).

(b) Ausgangspunkt der Debatte um den *metabolic rift*, die Ernährungssouveränität aufgreift, ist die von Marx geprägte Idee eines durch Arbeit vermittelten gesellschaftlichen oder sozial-ökologischen Stoffwechsels (Marx 2007 [1867]). Gesellschaften benötigen für ihre Reproduktion eine kontinuierliche Versorgung mit Energie und Materialien. Hierfür werden Rohstoffe aus der Umwelt gewonnen und in Energie und Konsumgüter umgewandelt und schließlich in Form von Emissionen und Abfällen wieder an die Umwelt abgegeben. Die Reproduktion von Gesellschaften basiert also auf einem permanenten Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur. Die Entstehung des Kapitalismus und ungleicher Austauschbeziehungen haben jedoch zur Kommodifizierung von Natur und einer Trennung von urbanen Konsument*innen und ländlichen Produzent*innen geführt und traditionelle Stoffwechselkreisläufe unterbrochen. Das hat in Teilen der Welt sowohl zu Hunger als auch zu globaler ökologischer Degradation geführt. Im Anschluss an Marx hat Bellamy Foster (1999) hierfür den Begriff *metabolic rift* oder 'ökologischer Bruch' geprägt. Die industrielle Transformation der Landwirtschaft von einer durch geschlossene Nährstoffkreisläufe geprägten Aktivität zu einer Sphäre, wo Nahrung und Land als Ware gehandelt und Teil der kapitalistischen Expansion geworden sind, ist zentraler Bestandteil des ökologischen Bruchs. Verschiedene Beiträge zu dieser Debatte sehen Ernährungssouveränität und den damit verbundenen Anspruch, Landwirtschaft und Natur wieder miteinander zu verbinden, indem kapitalistische und industrielle Produktionspraktiken überwunden werden, als Möglichkeit, um den *metabolic rift* 'umzuarbeiten' (Wittman

2009) oder »zu reparieren« (Schneider/McMichael 2010; Bezner et al. 2019). Zentrale Ansatzpunkte im Konzept der Ernährungssouveränität seien z.B. die Überwindung der Stadt-Land-Trennung durch lokale Produktionsnetzwerke, agrar-ökologische Anbauweisen und Biodiversität durch Bewahrung von und Zugang zu Saatgutvielfalt (Wittman 2009).

Fazit

Die Landwirtschaft spielt eine Schlüsselrolle hinsichtlich eines sozial-ökologischen Wandels. Landwirtschaft und Nahrung sind dementsprechend zentrale Themenfelder der Politischen Ökologie. Als politischer Leitbegriff macht Ernährungssouveränität die Ungleichheiten im globalen Agrar- und Ernährungssystem sichtbar und zeigt eine Alternative auf, auch wenn die konkreten Praxen der Umsetzung lokal spezifisch sind. Ernährungssouveränität ist insbesondere ein politischer Begriff, der globale Kämpfe um Land und Nahrung, Umwelt und Biodiversität, Saatgut und → Gentechnik miteinander verbindet und den Begriff der Nahrungsmittelsicherheit kritisch hinterfragt und herausfordert. Ernährungssouveränität ist dabei eng mit der Idee von *food democracy* verknüpft, auch wenn die Begriffe aus unterschiedlichen Bewegungskontexten hervorgegangen sind. Neben sozialen Bewegungen hat Ernährungssouveränität ebenfalls Eingang in wissenschaftliche Debatten gefunden. Aus politisch-ökologischer Perspektive lässt sich Ernährungssouveränität als ein Prozess und politischer Kampf hin zu einer Neuorganisation des gegenwärtigen Agrar-Ernährungssystems analysieren. Aus dieser Perspektive ist insbesondere interessant, wie es soziale Bewegungen schaffen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse im globalen Agrar- und Ernährungssystem sichtbar zu machen und wie sie Gesellschaft-Natur-Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Produktion und im Konsum von Nahrungsmitteln transformieren. Ernährungssouveränität hat zudem Eingang in analytische Perspektiven gefunden, wie dem *food regime*-Ansatz und Ansätzen zur Überwindung des *metabolic rift* in der Landwirtschaft.

Literatur

- Akram-Lodhi, A. Haroon (2019): »Food Regime«, in: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst/Louisa Prause (Hg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte, Bielefeld: transcript, S. 79-87.
- Bezner Kerr, Rachel/Hickey, Catherine/Lupafya, Esther/Dakishoni, Laifolo (2019): »Repairing rifts or reproducing inequalities? Agroecology, food sovereignty, and gender justice in Malawi«, in: The Journal of Peasant Studies, 46. Jg., Nr. 7, S. 1499-1518.
- Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (1987): Land Degradation and Society, London: Methuen.
- FAO (1996): »World Food Summit Plan of Action«, www.fao.org/3/w3613e/w3613e00.htm (Zugriff: 07.07.2021).
- FAO/IFAD/UNICEF (2020): The State of Food Security and Nutrition in the World 2020. Transforming Food Systems for affordable Healthy Diets, Rome: FAO.

- Foster, John Bellamy (1999): »Marx's Theory of Metabolic Rift: Classical Foundations for Environmental Sociology«, in: *American Journal of Sociology*, 105. Jg., Nr. 2, S. 366-405.
- Friedman, Harriet/McMichael, Philip (1989): »Agriculture and the state system: The rise and decline of national agricultures, 1870 to the present«, in: *Sociologia Ruralis*, 29. Jg., Nr. 2, S. 93-117.
- Friedrich, Beate/Hackfort, Sarah/Boyer, Miriam/Gottschlich, Daniela (2019): »Conflicts over GMOs and their Contribution to Food Democracy«, in: *Politics and Governance*, 7. Jg, Nr. 4, S. 165-177.
- Gyapong, Adwoa Yeboah (2020): »Land grabs, farmworkers, and rural livelihoods in West Africa: some silences in the food sovereignty discourse«, in: *Globalizations*, 18. Jg., Nr. 3, S. 339-354.
- Hassanein, Neva (2008): »Locating Food Democracy: Theoretical and Practical Ingredients«, in: *Journal of Hunger & Environmental Nutrition*, 3. Jg. Nr. 2-3, S. 286-308.
- La Via Campesina (2015): »La Via Campesina Declaration on Migration and Rural Workers«, <https://viacampesina.org/en/la-via-campesina-declaration-on-migration-and-rural-workers/> (Zugriff: 07.07.2021).
- La Via Campesina Österreich (2018): »Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!«, https://www.viacampesina.at/wp-content/uploads/2018/04/2018_Broschuere_Ernnaehrung_WEB.pdf (Zugriff: 07.07.2021).
- La Via Campesina (2021): »Twenty-Five Years of Envisioning Food Sovereignty: Celebrating Diversity, Resilience, and Transforming the Society«, <https://viacampesina.org/en/twenty-five-years-of-envisioning-food-sovereignty-celebrating-diversity-resilience-and-transforming-the-society/> (Zugriff: 07.07.2021).
- Luig, Benjamin (2019): »Ernährungssouveränität«, in: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst/Louisa Prause (Hg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*, Bielefeld: transcript, S. 58-64.
- Marx, Karl (2007 [1867]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, Berlin: Dietz.
- McMichael, Philip (2019): »Does China's 'going out' strategy prefigure a new food regime?«, in: *The Journal of Peasant Studies*, 47. Jg., Nr. 1, S. 116-154.
- Moragues-Faus, Anna/Marsden, Terry (2017): »The political ecology of food: Carving 'spaces of possibility' in a new research agenda«, in: *Journal of Rural Studies*, 55. Jg., S. 275-288.
- Pesticide Action Network North America (2015): »Food Democracy«, www.panna.org/issues/food-agriculture/food-democracy (Zugriff: 07.07.2021).
- Patel, Raj (2009): »Food sovereignty«, in: *The Journal of Peasant Studies*, 36. Jg., Nr. 3, S. 663-706.
- Patel, Raj/McMichael, Philip (2009): »A Political Economy of the Food Riot«, in: *Review*, 32. Jg., Nr. 1, S. 9-35.
- Prause, Louisa (2019): »Success and failure of protest actors' framing strategies in conflicts over land and mining in Senegal«, in: *Canadian Journal of Development*, 40. Jg, Nr. 3, S. 387-403.
- Prause, Louisa/Hackfort, Sarah/Lindgren, Margit (2021): »Digitalization and the third food regime«, in: *Agriculture and Human Values*, 38. Jg., Nr. 3, S. 641-655.

- Prause, Louisa/Le Billon, Philippe (2020): »Struggles for land: comparing resistance movements against agro-industrial and mining investment projects«, in: *The Journal of Peasant Studies*, 48. Jg., Nr. 5, S. 1100-1123.
- Rosset, Peter (2011): »Food Sovereignty and Alternative Paradigms to Confront Land Grabbing and the Food and Climate Crises«, in: *Development*, 54. Jg., Nr. 1, S. 21-30.
- Schiavoni, Chistina M. (2009): »The global struggle for food sovereignty: from Nyeleni to New York«, in: *The Journal of Peasant Studies*, 36. Jg., Nr. 3, S. 682-689.
- Schiavoni, Chistina M. (2016): »The contested terrain of food sovereignty construction: toward a historical, relational and interactive approach«, in: *The Journal of Peasant Studies*, 44. Jg., Nr. 1, S. 1-32.
- Schneider, Mindi/McMichael, Philip (2010): »Deepening, and repairing, the metabolic rift«, in: *Journal of Peasant Studies*, 37. Jg., Nr. 3, S. 461-484.
- Tilzey, Mark (2019): »Food Democracy as »Radical« Food Sovereignty: Agrarian Democracy and Counter-Hegemonic Resistance to the Neo-Imperial Food Regime«, in: *Politics and Governance*, 7. Jg., Nr. 4, S. 202-213.
- Wittman, Hannah (2009): »Reworking the metabolic rift: La Vía Campesina, agrarian citizenship, and food sovereignty«, in: *The Journal of Peasant Studies*, 36. Jg., Nr. 4, S. 805-826.
- Wittman, Hannah (2011): »Food Sovereignty: A New Rights Framework for Food and Nature?«, in: *Environment and Society*, 2. Jg., Nr. 1, S. 87-105.